

Kein Kohlestrom Wiesbaden BI, Am Schloßpark 41a, 65203 Wiesbaden

An die Betriebsräte  
der Stadtwerke Mainz AG  
der Kraftwerke Mainz Wiesbaden AG  
der Mainzer Verkehrsgesellschaft

31.03.2008

nachrichtlich: - Frau Dr. A.Litzenburger, CDU Mainz  
- Presseverteiler

**Geplantes Kohleheizkraftwerk auf der Ingelheimer Aue;  
Ihr offener Brief an Frau Dr. Andrea Litzenburger, CDU Mainz**

Sehr geehrte Mitglieder im Betriebsrat  
der Stadtwerke Mainz AG, z.Hdn. Herrn H. Kohler,  
der Kraftwerke Mainz Wiesbaden AG, z.Hdn. Herrn H.-J. Heidecker,  
der Mainzer Verkehrsgesellschaft, z.Hdn. Herrn H. Petri

wir nehmen Ihr offenes Schreiben an die Mainzer Fraktionsvorsitzende der CDU, Frau Dr. Andrea Litzenburger zum Anlass für diese ebenso offene Stellungnahme, die wir parallel auch der CDU Mainz zuleiten.

Wir sind mit Ihnen darin völlig einig, dass Erhalt und Zugewinn von Arbeitsplätzen wichtige Anliegen sind, die stets mit großer Sorgfalt und Engagement verfolgt werden müssen.

Dazu gehört unseres Erachtens aber auch, dass man in Zeiten sich sprunghaft wandelnder Rahmenbedingungen ernsthaft und ohne Vorurteile prüft, welche Entscheidung dem Arbeitsplatzertand tatsächlich dient.

Der Klimawandel sowie die Schäden und Kosten, die er verursacht, lassen der Politik gar keine andere Wahl, als den CO<sub>2</sub>-Ausstoß Zug um Zug mit massiven Kosten zu belasten. Kohle-Verbrennung und CO<sub>2</sub>-erzeugender Kohle-Transport sind davon wie kein anderer Energieträger betroffen und haben keine wirtschaftliche Zukunft, die bis 2042 reicht. Dies gilt analog für die kohlekraft-abhängigen Arbeitsplätze.

Zudem gilt es in diesem Zusammenhang Dreierlei zu bedenken:

Die Zunahme von Extremwetterlagen und die absehbare Häufung von Niedrigwasserperioden im Rhein werden im Jahresmittel bis 2042 weit häufiger als von Ihnen unterstellt zur Notwendigkeit des Kühlturm-Einsatz führen und so das betriebswirtschaftliche Ergebnis der Steinkohleverbrennung weiter verschlechtern.

Auch die von Ihnen angenommene stetige Steigerung der Stromnachfrage bis 2042 ist mehr als fragwürdig: Je höher der Anstieg des Strompreises ausfällt, um so eher rechnen sich auch teure Investitionen ins Stromsparen. Trotz des durch neue Produkte und neue Märkte wachsenden Energiehungers könnte es deshalb unter dem Strich bis 2042 sehr wohl zur eine Abflachung der Stromnachfrage kommen.

Zum Dritten scheint Ihnen völlig unbekannt, dass neue Regelungstechniken kurz vor der Produktionsreife stehen, die es ermöglichen, Rückkoppelungsschleifen zwischen aktuell verfügbarer Strommenge und aktueller Stromnutzung zu schaffen, die dafür sorgen, dass z.B. Wasch- und Spülmaschinen in nachfragearmen Zeiten laufen. Das geschätzte Einsparpotential bei der

Stromvorratshaltung beläuft sich auf immerhin 20 Prozent des derzeitigen Volumens: Auch von daher scheinen Sie in Sachen Zukunftsentwicklung bis 2042 auf einem Auge reichlich blind.

All diese Faktoren, welche eine Kohleverbrennung großen Maßstabes über kurz oder lang völlig unrentabel machen, gereichen dem Einsatz erneuerbarer Energien, der schon jetzt ein Arbeitsplatzmotor ohne gleichen ist, zum Vorteil.

Auch wenn diese umwelt- und gesundheitsverträglichen Varianten der Energieerzeugung erheblich schneller Marktanteile gewinnen, als es viele Wirtschaftsweisen vor Jahren vorhergesagt haben und diese Expansion an Tempo sicher weiter zu legen wird – bis wir ganz auf diesen Bereich bauen können, bedarf es der Gewährleistung einer preislich akzeptablen Versorgungssicherheit durch Übergangstechnologien.

Hier kommt die Erdgas-Verbrennung ins Spiel. Sie geht mit einem halb so hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß einher wie die Kohleverbrennung und hat zudem den unschätzbaren Vorteil, den Ausbau erneuerbarer Energien nicht zu behindern.

Ob sich das von Frau Dr. Litzenburger ins Gespräch gebrachte Statkraft-Angebot als tragfähig erweist, muss eine nähere und vor allem unvoreingenommene Prüfung ergeben.

In jedem Falle aber sollten alle Alternativen zum wirtschaftlich hochriskanten und nachweislich von der überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung abgelehnten Kohle-Kurs Ihres Arbeitsgebers ernsthaft und ergebnisoffen erwogen werden.

Die KMW und ihre Anteilseigner können auf Dauer keine Politik gegen ihre eigene Region machen, sonst verspielen sie als kommunaler Stromversorger jedes Vertrauen.

Genau das hat die Mainzer CDU erkannt.

Daher steht die Suche nach einem tragfähigen Gasvertrag keineswegs den Arbeitsplatzinteressen Ihrer Belegschaften entgegen.

Das größte Problem jeder solchen Option ist der volatile Erdgas-Preis; Erdgas ist teuer und wird dies auch in Zukunft sein.

Der Versuch, unwägbar Risiken durch den Abschluss eines Liefervertrages mit möglichst langer Laufzeit zu begrenzen, beinhaltet einen Denkfehler: Je länger die Laufzeit, desto höher der Risikozuschlag – bei mehr als 7 Jahren wird er unbezahlbar.

Deshalb sollte man nicht nur die Nachteile, sondern auch die Vorteile einer unternehmerischen Kooperation bedenken.

Deshalb würden wir uns wünschen, dass Sie die unternehmerische Eigenständigkeit der KMW AG, die sich bei einer kohle-bedingten Pleite vollends in Rauch auflöst, nicht zum Totschlagargument aufblasen.

Vielmehr sollten auch Sie bedenken, dass die Beteiligung eines Unternehmens, welches im Gasmarkt eine führende Position innehat, neben erheblichen Nachteilen auch den Vorzug hätte, dass hier ein Akteur dauerhaft an der Seite der KMW AG tätig würde, der nicht nur Interesse an einer dauerhaft vertretbaren Rendite hat, sondern auch über Wege und Mittel verfügt, um diese durchzusetzen.

Wir sind deshalb für eine sorgsame Abwägung der Nachteile einer Teilprivatisierung gegen ihre Vorteile und verstehen den Vorstoß von Frau Dr. Litzenburger als Versuch, Arbeitsplatzverlust, Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutz soweit als möglich zusammenzuführen.

Im Übrigen können wir derzeit keine unmittelbare Gefährdung für die Arbeitsplätze bei der KMW AG erkennen.

Alle derzeitigen Mitarbeiter sind dort bis heute ohne Kohlekraft beschäftigt und wir sind sicher, dass dies auch dann so sein wird, wenn man sich in Zukunft gegen Kohle und für eine weniger umweltschädliche und weniger öffentlich kritisierte Technologie entscheidet.

Wie Sie sehen, nehmen wir die Arbeitsplatzsorgen Ihrer Beschäftigten sehr ernst. Wir würden uns allerdings freuen, wenn Sie wegen dieses einen Aspekts nicht alle übrigen Gesichtspunkte vernachlässigen, die es bei der Entscheidung in Sachen Kraftwerksbau zu berücksichtigen gilt: Schutz des Weltklimas, umfassender Schutz der lokalen Flora und Fauna, unser aller Gesundheit, Schutz unseres Landschaftsbildes und des Tourismus', Schutz der Qualität des Rheingauer und des

Rheinhessischen Weines und damit der in dieser wichtigen Branche zu bewahrenden vielen Arbeitsplätze.

Auch allgemeinpolitische Belange sollten Sie brennend interessieren – beispielsweise die breite Ablehnung des von Ihnen ohne Wenn und Aber befürworteten Baus eines Steinkohlekraftwerks auf der Ingelheimer Aue.

Gerade kommunale Betriebe können nicht auf die Akzeptanz der Bürger, ihrer Kunden und der Eigentümer, also der Städte Mainz und Wiesbaden verzichten.

Wir sehen deshalb in der derzeitigen konfrontativen Politik Ihrer Geschäftsleitung eine viel größere Gefährdung Ihrer Arbeitsplätze, der Sie sich nicht einfach kritiklos anschließen sollten. Zumindest aber sollten Sie das nicht von all denen erwarten, die nicht den Direktiven des KMW-Vorstandes unterstehen.

Wir hoffen, dass Ihnen unsere Argumente bei Ihren weiteren Überlegungen und Entscheidungen gute Dienste leisten werden und verbleiben

mit freundlichen Grüßen, die Sprecher der B.I. KeKoWi

Dr. Meinrad v. Engelberg

Ira Krissel

Dr. Christoph Wald